

# MIGRATION – ZWISCHEN MENSCHLICHER MOBILITÄT UND DER ASYLPROZEDUR

TAGUNGSBERICHT DER KONFERENZ IN BONN  
01.07.2022



Organisiert von

**solidar**  
Advancing Social Justice in Europe and Worldwide



WILLI-EICHLER-  
AKADEMIE e.V.

**Gsi** Gustav  
Stresemann  
Institut



# Inhalt

<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
Panel 1 <b>Das Recht aus Asyl ist unantastbar</b>	<b>7</b>
Panel 2 <b>Mittel- und Osteuropa und die Frage der Migration, damals und heute</b>	<b>11</b>
Panel 3 <b>Rechtliche Aspekte der Migration, Weltweite Gerechtigkeit?</b>	<b>14</b>
Panel 4 <b>Wir sind Menschen, und bleiben</b>	<b>18</b>
<b>Die Sprecher*innen der Konferenz</b>	<b>23</b>
<b>Moderator*innen</b>	<b>26</b>



Am 1. Juli fand in den Räumen des Gustav Stresemann-Instituts (GSI) in Bonn die Konferenz

## **„Flucht und Migration in die EU – neue Antworten auf politische Fragen“**

statt.

---



Organisiert worden war sie von der Willi Eichler Akademie in Zusammenarbeit mit Solidar (Brüssel) und dem GSI. Mit 50 Teilnehmer\*innen vor Ort und vielen mehr an den Bildschirmen, 21 Sprecher\*innen aus Politik, Forschung und Zivilgesellschaft sowie selbst Betroffene, vereinten sich 24 Nationen in einer hybriden Zusammenkunft, in der auf vier Panels verschiedene Aspekte des Themas beleuchtet wurden. In dieser Publikation finden Sie Ausschnitte aus den Debatten sowie beiliegend einen Forderungskatalog, den wir auf europäischer und nationaler Ebene verteidigen möchten. Die Netzwerkgorganisation Solidar mit Sitz in Brüssel arbeitet mit vielen Mitgliedern bereits eine Weile am Thema einer besseren Gesetzgebung für eine würdevolle und sichere Einwanderung nach Europa, die auch von der Bevölkerung mitgetragen wird. Doch bisher fehlte besonders bei einigen Mitgliedsstaaten der politische Wille. Im Herbst 2023 wird Spanien die Ratspräsidentschaft inne haben. Gemeinsam mit unseren Kolleg\*innen der großen spanischen Organisation MPDL wollen wir der spanischen Ratspräsidentschaft im Vorfeld unsere Gedanken und Vorschläge als aktive organisierte Zivilgesellschaft vorlegen.

In seiner Begrüßung sagte der Vorsitzende der Willi Eichler Akademie, **Martin Schilling**

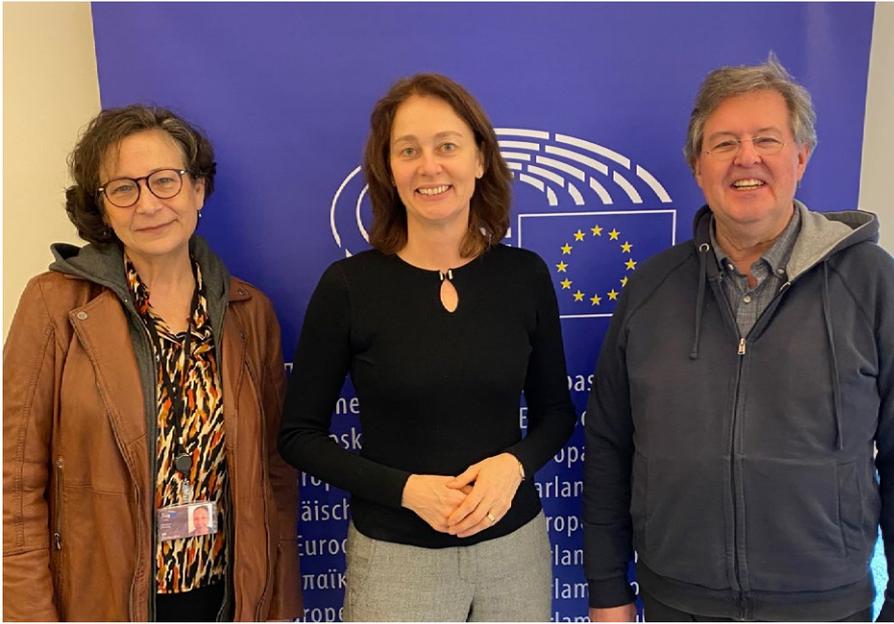
Die Frage der Einwanderung nach Europa ist eines der brennenden Themen unserer Zeit, wird aber immer nur punktuell bearbeitet. Es ist höchste Zeit das zu ändern. (...) Unsere Gesellschaften wehren sich vehement gegen den Zuzug unterschiedlicher Kulturen mit dem Argument, dass es einer großen finanziellen und sozialen Anstrengung bedürfe, sie zu integrieren. Gleichzeitig ist es ein offenes Geheimnis, dass unsere Rentensysteme aufgrund nicht nachwachsender Generationen bald an ihr Limit kommen werden, dass der Fachkräftemangel bereits jetzt die Produktivität unserer Wirtschaft schädigt und der Pflegenotstand überall in Europa grassiert.

Die Fachkräfteanwerbung außerhalb der EU hat nicht das Ergebnis gebracht, das man erhoffte. Die direkte Anwerbung von „Arbeitsmigrant\*innen“ ist weiterhin eine punktuelle

und nationale Maßnahme die keines der beiden Probleme – dem Wunsch nach Einwanderung aus Drittstaaten einerseits und dem europäischen Bedarf an jungen gut ausgebildeten Werkträgern andererseits – gelöst hat.

Abgesehen von Familienzusammenführungen ist das einzige Argument, das wir dulden, die einzige Form der Zuwanderung, die wir zugestehen, die Aufnahme aufgrund einer politischen Verfolgung im Herkunftsland. Dieses sogenannte Asylverfahren im Rahmen der Genfer Konvention ist detailliert ausformuliert und von allen europäischen Mitgliedsstaaten theoretisch akzeptiert. (...) Dass dies ein langwieriger und kostspieliger Prozess ist, steht außer Frage. Praktisch werden nicht alle EU-Mitgliedsstaaten gleichermaßen mit der Ankunft von Asylbewerber\*innen konfrontiert. Aber angesichts der ständig wachsen-

den Anzahl der Menschen, die dieses Mittel zur Einwanderung versuchen zu nutzen, haben die europäischen Institutionen und die Mitgliedsstaaten viele oft grausame und nicht immer legale Mittel und Wege gefunden, zu versuchen, die Geflüchteten abzuweisen oder zurückzuschicken, am besten, bevor sie überhaupt EU-Boden betreten haben. Pushbacks, Ankerzentren, Folter, das Aussetzen auf dem Meer, Verträge mit (tatsächlich nicht immer sicheren) Drittstaaten, wie die Türkei und Libyen, sind inzwischen verifizierte und bisher straflose Mittel, den Strom der Hilfesuchenden abzurängen. Gleichzeitig wird der Mangel an anderen Einwanderungswegen von Schleppern genutzt, um Verzweifelte noch weiter auszubeuten. Die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten ist gering.



Katarina Barley, MdEP und Vizepräsidentin des Europaparlaments mit WEA Mitarbeiter\*in Dr. Susanne Drake und Stefan Stader

**Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, MdEP Katarina Barley sagte in ihrem Grußwort:**

Flucht und Migration beschäftigen uns im Europäischen Parlament sehr und haben jetzt noch mehr Aufmerksamkeit durch den Ukraine Krieg erfahren. Die Reaktion auf den Ukrainekrieg ist anders als auf frühere Flüchtlingsbewegungen, und das muss auch diskutiert werden. Heute gibt es auch viele andere Migrationsgründe außer Flucht und Vertreibung, z.B. Armut, den Klimawandel, Chancenlosigkeit etc.

Ich arbeite schon lange auf europäischer Ebene dafür, hier Lösungen zu erarbeiten aber ein Konsens ist heute weiter entfernt als früher. Zu anderen Verfahren, zu mehr geteilter Verantwortung etc. werden Initiativen heute von

Mitgliedsstaaten ständig abgeblockt, obwohl die Kommission versucht das Thema und Lösungsversuche voranzutreiben. (...)

Ich hoffe, dass die Impulse der europäischen Zivilgesellschaft in Toledo gehört werden und den Weg in die Ratspräsidentschaft finden, die Zivilgesellschaft ist wichtig, um hier etwas zu bewegen, denn die politischen Führungen tun sich schwer hier Kompromisse zu finden. Ich danke Ihnen für diese Initiative, diese Veranstaltung und das Engagement aller Beteiligten für das Thema und ich wünsche den Teilnehmenden viel Glück und eine gute Konferenz.

## Im ersten Panel diskutierten die Teilnehmer\*innen die Aussage

# „Das Recht auf Asyl ist unantastbar“

---



**Die Vorsitzende von Solidar, Anne van Lancker, ehemalige MdEP, erläuterte als erste Sprecherin in ihrem Beitrag:**

Die Aufnahme Krise, mit der wir konfrontiert sind, ist eine erfundene Krise. Es ist eine politische Entscheidung. (...) Und die Folge davon ist, dass heute, während wir hier sprechen, Hunderte von Menschen in Belgien auf der Straße leben. Können Sie sich vorstellen, dass das Herz Europas, Brüssel, voll ist von Menschen, denen ihr Recht auf Zugang zum Asylverfahren verweigert wird? Die Verweigerung der Unterbringung rührt auch von einer sehr engen Auslegung des Dubliner Übereinkommens her, wonach das Land der ersten Einreise für den Asylantrag zuständig sei. Das Dubliner Übereinkommen sieht aber auch vor, dass Geflüchtete die Möglichkeit haben, in den Ländern Asyl zu beantragen, in denen sie Familie haben, in denen sie die größten Netzwerke haben. Es sind also eigentlich nicht nur die Länder an den Außengrenzen

Tatsache ist, dass trotz vieler Vorschläge der Europäischen Kommission, die Situation zu entschärfen und mehr Solidarität zu organisieren, nichts geschehen ist. Viele Länder haben sich stets geweigert, mehr Verantwortung zu übernehmen, Geflüchtete aufzunehmen, die aus vielen richtigen Gründen aus ihren Ländern fliehen. (...) Und wir können nicht akzeptieren und zulassen, dass nur Länder an

den Außengrenzen der EU, wie Spanien, Italien und Griechenland, die gesamte Verantwortung der Europäischen Union tragen müssen. Wenn man sich die unterschiedliche Behandlung von ukrainischen Geflüchteten, denen vorübergehender Schutz und alle mit diesem Status verbundenen Rechte gewährt werden, und von Geflüchteten aus Ländern wie Afghanistan oder dem Sudan anschaut, so können wir leider feststellen, dass wir auf politischer Ebene einen offensichtlichen systematischen Rassismus in Europa und innerhalb der EU-Institutionen haben, und wir können die Tatsache nicht ignorieren, dass wir die Möglichkeit hatten, die Richtlinie über den vorübergehenden Schutz schon vor vielen Jahren, sogar vor Jahrzehnten, auch für Geflüchtete anderer Nationalitäten zu aktivieren. Ich denke, dass eine Koalition der Willigen in Europa der einzige Ausweg sein wird, da es schwierig ist, Ländern eine Pflicht aufzuerlegen, die nicht bereit sind, Geflüchtete aufzunehmen. Aber ich denke, wir sollten ihnen zumindest einen finanziellen Beitrag auferlegen. Allerdings müssen wir mehr tun, um uns nicht nur auf das Engagement der Zivilgesellschaft zu verlassen, sondern auch die Unterstützung der Politik zu gewinnen.

**Dazu sagte Bärbel Dieckmann, ehemalige Präsidentin der Welthungerhilfe und heute Co-Vorsitzende der Kommission Fluchtursachen der Bundesregierung**

Das Recht auf Asyl ist unantastbar! Das ist ein richtiger Satz, hinter dem ich hundertprozentig stehe. Und ich glaube, gerade in Deutschland wissen wir auch, was es bedeutet hat, dass während des Zweiten Weltkrieges Länder bereit waren, Menschen aufzunehmen. Die Realität ist auf der anderen Seite, dass dieser Satz nur einen Teil der Herausforderung, die es im Moment weltweit gibt, abdeckt. (...)

Die meisten Menschen wollen nicht ihre Heimat verlassen, das muss man sich immer ganz klar sagen. Deshalb sind Binnengeflüchtete die größte Zahl weltweit. Ich habe viele afrikanische Länder besucht als Präsidentin der Welthungerhilfe. Für die Frau, die Familie in einem Dorf im Südsudan ist das Ziel nicht Europa. Das ist nicht ihre Vorstellung. Sie möchte in ihrer Kultur leben können. Und so werden sie Binnengeflüchtete oder gehen in Nachbarländer. Und deshalb wäre meine

---

**Dazu stellt die Anwältin**

**Olga Echeverria-Torres** von MPDL, Spanien, fest:

Was an der Südgrenze Europas – Griechenland und Spanien – geschah, ist die Folge des Mangels an europäischer Solidarität. Diese Tatsachen zeigen, dass die Auslagerung der Einwanderungs- und Asylpolitik sowie die Auslagerung der Verantwortung auf Länder, die die Grund- und Menschenrechte nicht respektieren, die einzige Folge haben, dass diese Rechte verletzt werden, zusätzlich zur Konzentration der Verantwortung und der Last auf die EU-Grenze der Länder. MPDL entspricht mit seinem Aufnahmeprogramm für Antragsteller\*innen auf internationalen Schutz der Richtlinie der Europäischen Union, die das Recht von Personen, die internationalen Schutz beantragen, auf Zugang zu den Sozial- und Aufnahmediendiensten anerkennt, die erforderlich sind, um sicherzustellen,

Bitte auch bei unserer Diskussion heute, dass wir ganz deutlich machen, dass das Recht auf Asyl unantastbar ist. Aber dass die Wahrheit ist, dass wir Fluchtursachen nur werden bekämpfen können, wenn wir auf die Ursachen eingehen. (...)

Aber da, wo ganze Systeme gefährdet sind, wo Inseln vor dem Untergang stehen, wo Länder unter Überflutung leiden, wo jetzt Hungerkatastrophen ausbrechen, weil das Getreide nicht aus Russland oder der Ukraine kommt,

da ist die Antwort am Ende nicht das individuelle Asylrecht, sondern wir werden das nur bewältigen können, wenn wir Lebensbedingungen ändern. Und ich sage das ganz eindringlich, weil ich sehr wohl weiß, dass für jedes Land auch die Grenze der Aufnahmefähigkeit da ist. Wir werden nicht die ganze Welt aufnehmen können. Und deshalb finde ich immer, muss die Unterstützung der Länder im Vordergrund stehen, damit die Menschen eine eigene Entscheidung treffen können, damit sie nicht getrieben sind.



Bärbel Dieckmann und Olga Echeverria-Torres

len, dass ihre Grundbedürfnisse unter menschenwürdigen Bedingungen erfüllt werden. Das System zur Aufnahme von Personen mit internationalem Schutzstatus wird auf dem Weg der Vorbereitung auf die Selbständigkeit entwickelt. Das Ziel, die Autonomie der Empfänger und Begünstigten zu erreichen, und seine/ihre soziale und arbeitsrechtliche Stellung/Integration zu fördern. Dabei können unsere Verwaltungen, wenn nötig, auch sehr schnell und effizient handeln, wie es sich ja bei der Aufnahme ukrainischer Geflüchteter gezeigt hat. Andererseits sind manche Fälle sehr langwierig, kompliziert und teuer, wenn es darum geht afghanische Geflüchtete mit mehreren Kindern aus z.B. dem Iran nach Spanien zu bringen und dann vor Ort adäquat zu versorgen.

**Diesen Punkt unterstützt auch **Bashar Hassoun**, selbst aus Syrien geflüchtet und Gründer und Geschäftsführer von FREEARTUS:**

Ich spreche jetzt über Deutschland, ich gehe jetzt nicht auf die europäische Ebene ein oder auf die Lage in der Welt. Es sind immer wieder gesetzliche Fragen, außerdem Mitarbeiter, Behörden, Personen, die entweder die Gesetze in umfänglicher und langwieriger Weise durchführen oder die Gesetze einfach nur oberflächlich betrachten. Ich denke Deutschland hat einen fruchtbaren Boden, um mehr Migrant\*innen oder Geflüchtete aufzu-

nehmen. Ich sage das ist auch eine Chance, auch für Deutschland, besonders zum Thema Arbeitskräfte. Aber es bleibt die ungeklärte Frage: Gibt es ein direktes und klares Signal von der Politik, ja oder nein? Und wenn ja, dann muss das ein sehr übersichtliches, klares Paket werden, mit einfachen Regeln.

Nur ein Beispiel von vielen: Ein Koch bei uns lebt seit fünf Jahren in Deutschland, kommt

aus dem Irak, er ist echt geflüchtet, ist in sein Heimatland als Person verfolgt und er arbeitet, verdient sein Geld und bis heute, also seit fünf Jahren, kriegt er keinen Aufenthaltstitel.

**Peter Ruhenstroth-Bauer, Geschäftsführer der UNHCR in Bonn präzisiert dagegen:**

Natürlich ist das, was mit Fluchtursachenbekämpfung angesprochen wird, eine globale, große gemeinsame Herausforderung. Aber, und das erlebe ich in unserer Arbeit für denjenigen, der von heute auf morgen seine Heimat verlassen muss, ist der Verweis auf Politik, ist der Verweis auf die Diskussionen, was getan werden könnte, müsste, dürfte, wenig hilfreich. Der Mensch auf der Flucht braucht jetzt Schutz und Sicherheit, der braucht jetzt unsere Unterstützung. Und deswegen machen wir uns bei der UNO Flüchtlingshilfe hier in Deutschland große Sorgen. Was passiert eigentlich, wenn der Ukraine Konflikt in den Medien als Normalzustand behandelt wird? Was passiert eigentlich mit den ganzen anderen Ländern, wie Syrien, Libyen, Äthiopien, Afghanistan, Südsudan, DR Kongo oder Venezuela? Was passiert mit den Menschen, die dort genauso Anspruch auf unsere Hilfe und unseren Schutz haben?

Die Koalition der Willigen ist eine entscheidende Koalition. Und da ist das Stichwort Resettlement für uns und den UNHCR einer der zentralen Punkte. Resettlement, die Umsiedlung in sichere Drittländer, gehört zu den wichtigsten lebensrettenden Maßnahmen des UNHCR, um für besonders schutzbedürftige

Geflüchtete dauerhafte Perspektiven, ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu schaffen. Für das nächste Jahr hat der UNHCR für mehr als zwei Millionen Menschen einen Resettlement-Bedarf identifiziert. Der größte Bedarf besteht in Aufnahmelandern Afrikas, wo insgesamt mehr als 662.000 besonders gefährdete Geflüchtete für eine Umsiedlung ermittelt wurden. Syrien ist das Land (im siebten Jahr in Folge) mit den meisten Geflüchteten weltweit, rund 778.000, für die Resettlement in einen sicheren Drittstaat dringend erforderlich wäre. Die Umsiedlung in ein Land, das der dauerhaften Ansiedlung zugestimmt hat, kommt derzeit nur einem Bruchteil der rund 100 Millionen Geflüchteten zugute: 2021 waren es nur knapp 40.000 Menschen

Wir haben also eine riesengroße Lücke und brauchen Vereinbarungen und Staaten mit Aufnahmegesellschaften, die bereit sind, sich auf Resettlementplätze einzulassen. Mehr noch: sich auf alle diese Aspekte von Schutz und Sicherheit einzulassen und diese tatsächlich dann auch zu leben und zu realisieren. Ich glaube, das Vorleben und das Zeigen, es funktioniert, es ist ein richtiger Weg. Deswegen werden diese Partnerschaften über so eine Koalition sicherlich ein wichtiger Baustein.



Ich möchte das gerne noch mal ergänzen um einen Punkt: Resettlement. Wenn man zehn Länder hätte, die 50K bis 100K 000 im Jahr nehmen, wäre das eine hohe Zahl. Dass es möglich wäre zeigt ja z.B. auch der Zusammenschluss von Städten in Europa, die sich bereit erklärt haben, Menschen aufzunehmen. Und da gehört auch zum Beispiel Warschau dazu.



Sara Kekuš und Anne van Lancker

**Aus Kroatien gab es in den letzten Monaten immer wieder Berichte von Push-Backs.**

**Sara Kekuš vom Center for Peace Studies (CMS), Kroatien, ist vor Ort und berichtet aus erster Hand:**

Ich würde gerne bestätigen, dass das Recht auf Asyl nicht verhandelbar ist. Aber leider ist es nur auf dem Papier so. In der Praxis erleben wir seit sechs Jahren systematische Praktiken an den Außengrenzen, aber auch an den Binnengrenzen der EU, die jedes Menschenrecht verletzen, das Geflüchteten und anderen Migrant\*innen zustehen sollte. Im Falle Kroatiens erleben wir seit sechs Jahren illegale Praktiken, bei denen Menschen der Zugang zu Asyl verweigert wird und sie über die grünen Grenzen zurückgedrängt werden, oft auf sehr gewaltsame und unmenschliche Weise. Leider handelt es sich dabei nicht nur um eine Praxis, die nur in Kroatien oder an den Außengrenzen vorkommt, denn sehr oft handelt es sich auch um systematische Kettenabschiebungen,

die von den Binnenländern ausgehen und die Menschen dann in die Außenländer der EU zurückdrängen und damit erneut gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstoßen. Wenn beispielsweise Menschen aus dem EU-Gebiet nach außen zurückgeschoben werden, landen sie oft in der Türkei, von wo aus sie wiederum illegal und gewaltsam in andere Länder, sogar in ihre Herkunftsländer, zurückgeschoben werden, wo ihre Sicherheit und ihr Leben in Gefahr sind. Viele Werte, die die Europäische Union verkündet, existieren nur auf dem Papier - wir sehen, dass es sich nicht nur um die Praxis einzelner Mitgliedsstaaten handelt, sondern wirklich um eine EU-Politik, die sich durch Externalisierung, Versicherheitlichung und Militarisierung in

Richtung Anti-Migration bewegt. Wir sehen das auch am neuen EU-Pakt zu Migration und Asyl, der die Menschenrechte von Menschen auf der Flucht einschränkt und das gesamte Flüchtlingsrecht in eine Grauzone bringt, in der Menschen im Grunde genommen der Zugang zu europäischem Territorium verwehrt wird, wo sie Schutz suchen könnten, und sie somit auch ihrer wichtigsten Rechte auf Zugang zu Schutz und Sicherheit beraubt werden. Es fehlt an politischem Willen im Zusammenhang mit Migration und Asyl.

Die Willkommenskultur ist eher in der Bevölkerung als bei den politischen Entscheidungsträgern zu finden.

## Das zweite Panel beleuchtete

# die spezielle Rolle Mittel- und Osteuropäischer Staaten bei der Frage der Ein- und Auswanderung.

---



Diese Formulierung wurde als erstes von **Elizaveta Khan**, Gründerin und Geschäftsführerin des INtegrations Hauses in Köln kritisch hinterfragt:

Migration aus Mittel-Osteuropa ist ein verschobenes Bild, weil natürlich Westeuropa immer der Auswandererkontinent schlechthin gewesen ist. Hier vermisse ich ein bisschen das Bewusstsein für die westeuropäische Geschichte. Denn die Bevölkerung Westeuropas ist ja in ganz extremer Weise ausgewandert. Hat Orte sich angeeignet, Menschen ermordet, verkauft, Ressourcen sich angeeignet. Und diese Kontinuität ist bis heute spürbar. Und das prägt diese Diskussion. Wir müssen anerkennen, dass Westeuropäer mit ihrer Auswanderung einerseits Gebiete besiedelt haben, aber gleichzeitig auch ihre Narrative exportiert haben, die bis heute sehr, sehr dominant sind. In Realität ist Westeuropa einerseits der Ort, wohin alle wollen, aber gleichzeitig ist es der Kontinent, der die meisten Grenzen hat und der Menschen ausschließt.

Ich finde, was wir brauchen, ist einen anderen Schwerpunkt in der Debatte um Migration. Ich finde es sehr schwierig, Menschen, die zu

uns kommen wollen, nur unter Nützlichkeits- und Verwertungsaspekten zu akzeptieren. Ich glaube, wenn wir Migration als Chance sehen, als Chance für uns, ändert sich sofort die Haltung. (...) Viele Menschen kommen gar nicht nach Europa oder nach Deutschland, um für immer hier zu bleiben. Die Möglichkeit, den Blickpunkt zu wechseln, das macht ja unsere globalisierte Welt einfach aus. Und wenn das für alle möglich wäre, das wäre das erste Ziel. Das Zweite ist, dass wir aktuell den Schutz von Menschen politisch lösen und nicht nach Menschenrechtsgesichtspunkten. Das finde ich sehr gefährlich, weil je nachdem wer politisch an der Macht ist, es entsprechend anders gelöst wird. Das heißt, ich würde mir wünschen, dass wir mehr anstreben, nämlich eine Migration in Würde. Ich spreche hier gar nicht nur von Wartezeiten von zwei bis drei Jahren, bis man wirklich legal angekommen ist. Wir sehen Fälle von mehr als 20 Jahren, die Menschen bei uns verbringen, um dann abgeschoben zu werden. Was wir alle in

der Politik, aber auch im öffentlichen Raum schaffen müssen ist ein grundlegend anderes Narrativ.

Wir haben uns die Welt angeeignet und müssen jetzt Platz schaffen für Menschen, die auch migrieren, auch wegen all der Krisen, den Kriegen und Katastrophen. Natürlich braucht das Infrastruktur. Sicherlich braucht man eine Art von Regelmäßigkeit bei der Aufnahme, übrigens gab und gibt es die ja auch in den USA. Die Frage ist eher: welche Regeln brauchen wir für welche Herausforderungen? Denn es hat ja bis heute Auswirkungen, wie wir bestimmen, wer sich bewegt. Ich finde, das dürfen wir einfach nicht vergessen, damit wir uns nicht einbilden, dass wir alles besser wissen, dass wir der Hort der Menschenrechte sind. Sondern, dass wir ein bisschen Demut zeigen. Und den Menschen mehr Würde zugestehen. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass Menschen mit dem Boot zu uns kommen, und nicht mit dem Flugzeug.

**Auch der Vizerektor der Universität Warschau, Dr. Maciej Duszczyc, sieht die oft geäußerte Kritik an der Aufnahmepraxis mitteleuropäischer EU-Mitgliedstaaten differenzierter:**

Wir müssen eine neue Art der europäischen Einwanderungspolitik finden. Wir haben den neuen Pakt für Migration und Asyl auf dem Tisch. Und alle Länder haben beschlossen, die Diskussion über diesen Pakt fortzusetzen. Aber nach dem, was Lukaschenka jetzt getan hat, und seiner quasi Bewaffnung der Migration, und nach den Angriffen auf zivile Ziele durch Putin und vielleicht dem Problem mit den Nahrungsmitteln in Afrika, müssen wir wirklich auf eine weitere Herausforderung vorbereitet sein, größer als das, was wir bereits erlebt haben. Deshalb ist es notwendig, an den Tisch zurückzukehren, in den Raum zurückzukehren und zu überlegen, was wir tun können. Einerseits müssen wir die Menschenrechte aufrechterhalten, die Menschenrechte sind entscheidend. Ohne Menschenrechte

wird es uns nicht anders ergehen als Lukaschenka. Wir müssen den Menschenrechten oberste Priorität einräumen. Wenn wir noch Menschen sein wollen, ist das notwendig. Auf der anderen Seite müssen wir versuchen, uns auf eine große Herausforderung vorzubereiten, denn einerseits gibt es die Bewaffnung der Migration, andererseits stehen wir vor einem sehr großen Problem mit dem Hunger in Afrika.

Ich stimme voll und ganz zu, dass wir dieses Problem mit zweierlei Maß betrachten. Wir haben in Polen zwei Krisen, nicht nur eine. Es geht um den Zustrom von Geflüchteten aus der Ukraine, aber auch darum, dass das Lukaschenka-Regime versucht, einen neuen Korridor, einen neuen Kanal von Afrika und

dem Nahen Osten über Weißrussland und Polen nach Deutschland, Schweden und andere Länder zu öffnen. Es ist eine sehr clevere Idee, wie man die Europäische Union politisch unter Druck setzen kann, indem man vor allem Polen zum ersten Transitland für diese Menschen macht, denn wir sind ja eigentlich kein Zielland für diese Menschen. Wir sind ein Zielland für Ukrainer, zu denen wir bereits Verbindungen haben, aber wir sind kein Zielland für andere Menschen, zum Beispiel aus Eritrea oder Ghana. Dies ist also ein typisches Migrationslabor. Man kann nicht den Arbeitsmarkt und die Grenzen für Ukrainer öffnen, sie aber für andere schließen, die ebenfalls aus der ganzen Welt fliehen, aus Syrien oder Libyen. Die polnische Regierung schloss die polnisch-weißrussische Grenze und die Zivilgesellschaft unterstützte dies. Die polnische Gesellschaft nahm die Geflüchteten aus der Ukraine auf, aber Menschen, die aus anderen Teilen der Welt fliehen, dürfen nicht einreisen. Heute hat die polnische Regierung den Bau des 160 Kilometer langen Zauns an der Grenze abgeschlossen, und die polnische Zivilgesellschaft hat den Bau des Zauns an der Grenze erlaubt. Das ist ein sehr schlechtes Signal. Als menschliche Wesen haben wir den Kampf verloren.



**Milena Šošić aus Serbien, von der Initiative für Entwicklungszusammenarbeit (IDC), ist Menschenrechtsanwältin. Sie erläutert:**

Was die Definition des Begriffs „Flüchtling“ betrifft, so ist es wichtig, sich daran zu erinnern, dass es sich immer um Anscheinungsgeflüchtete handelt. Rechtlich gesehen müssen alle Menschen, die aus Konfliktgebieten kommen, als solche betrachtet werden. Es sei denn, die EU hat einen vorübergehenden Schutz wie jetzt für Ukrainer eingeführt, übrigens erst zum zweiten Mal. Das erste Mal war während der Balkankriege in den 1990er

Jahren. In allen anderen Fällen sind wir uns darüber im Klaren, dass die einzelnen Asylansträge individuell geprüft werden sollten. Aber wenn man einen Massenzustrom von Menschen aufgrund des Konflikts in einem bekannten Kriegsgebiet hat, dann ist es nicht möglich, individuelle Bewertungen durchzuführen, und leider ist der vorübergehende Schutz 2015 weder für die Syrer noch für die Afghanen gewährt worden.

Generell ist gerade die Roma-Bevölkerung in Serbien einer vielschichtigen Diskriminierung ausgesetzt. Wissenschaftler bestätigen, dass diese kollektive und systematische Diskriminierung als Verfolgung angesehen werden kann. Allerdings werden Roma sehr oft, wenn nicht sogar immer, als Arbeitsmigrant\*innen oder Wirtschaftsmigrant\*innen betrachtet, die kein vollwertiges Asylverfahren verdient haben. In Bezug auf die Rückübernahme zur Verringerung der Zahl der Asylbewerber\*innen, hat Serbien eine Reihe neuer Vorschriften erlassen. Wir haben den neuen Straftatbestand der „Erleichterung des Asylmissbrauchs in Ländern mit falschen Asylanträgen“ in unser Strafgesetzbuch aufgenommen, wie er

auch in westlichen Ländern existiert (z.B. hat Rumänien vor dem EU-Beitritt die Maßnahme eingeführt, rumänischen Staatsbürger\*innen, die die zulässige Aufenthaltsdauer in den EU-Ländern überschritten haben, vorübergehend für bis zu fünf Jahre den Pass zu verweigern). Darüber hinaus hat die Regierung der Republik Serbien die Verordnung über die erweiterten Aufgaben der Grenzpolizei erlassen, die strenge Kontrollen an den Grenzübergängen vorsieht. Die Verordnung sieht die Möglichkeit vor, serbischen Staatsbürger\*innen die Ausreise zu verweigern, wenn sie ihre Reisegründe nicht begründen können, was bedeutet, dass Serbien nun das Schengener Übereinkommen als Wächter der

EU-Grenze anwendet. Die Polizei hat einen Ermessensspielraum, um Menschen an unseren Grenzen zur Ausreise aus Serbien zu zwingen. Die Menschen müssen den Nachweis erbringen, dass sie Geldmittel mit sich führen, wie es für das Schengener Übereinkommen charakteristisch ist.

In gewisser Weise werden wir in einer Wächterfunktion an der EU-Außengrenze eingesetzt. Generell ist die Roma-Bevölkerung in Serbien jedoch in allen Bereichen ihres Lebens einer vielschichtigen Diskriminierung ausgesetzt und sie sollten als Asylbewerber\*innen behandelt werden.

**MdB Josip Juratovic ist seit langem ein Spezialist für die Frage der Migration und der Erweiterung der EU um die Westbalkanstaaten. Er stellt klar:**

Erstens sind die Geflüchteten, oder Migrant\*innen, was auch immer sie sind, nicht nur eine Last, sondern immer auch ein volkswirtschaftlicher Gewinn. Selbst die Geflüchteten, auch die aus der Ukraine oder aus Afrika, von wo sie auch immer her nach Deutschland kommen, sie brauchen alles. Sie brauchen ein Auto. Sie brauchen eine Wohnung. Sie müssen essen. Das sind normale Menschen, Bevölkerung. Sie bringen uns Ihre Kinder mit. Wir haben sowieso demographische Probleme. Eine Menge Dinge, die wir gar nicht in der Gesellschaft diskutieren. Wir kommen uns vor, als wenn wir jetzt etwas Besonderes tun, etwas besonders moralisches, dabei erfüllen wir im Prinzip nur die internationalen Konventionen, die wir unterschrieben haben. Nicht mehr und nicht weniger. Und wir können nicht hier in die Welt hinausposaunen, dass wir Fachkräfte brauchen. Das ist nämlich eine Lüge. Weil wenn ich Fachkräfte bräuchte, dann hätte ich zum Beispiel die Geflüchteten,

die bei uns waren, die wir hier ausgebildet haben, die gut deutsch gesprochen haben, die hätte ich nicht abgeschoben. Das ist schlicht und einfach eine Lüge. Und nennt sich Spurenswechsel.

Politik ist häufig eine Reaktion aus der Ohnmacht, weil man nicht weiß, was man tun soll. So hat man zum Beispiel jetzt gesagt, dass die Ukraine EU-Mitglied werden kann. Gleichzeitig gibt es auf dem Balkan seit 19 Jahren Länder, denen man erzählt, dass sie eine Perspektive haben. Der Ukraine hat man jetzt auch gesagt, dass sie eine Perspektive hat. Also wenn die Ukraine jetzt sich am Westbalkan misst, dann braucht die Ukraine mindestens 30 Jahre. Und das ist immer das gleiche Geschwätz. Und ich denke, dass wir uns endlich ehrlich machen müssen. Ich habe bereits im Februar 2015 gesagt: Sie müssen wissen, dass wir im Herbst Zelte aufbauen werden für die Geflüchteten. Weil man im



Frühjahr schon wusste, dass die UN gewisse Mittel gestrichen hat für die Geflüchtete aus Syrien, und dass dies dann natürlich Konsequenzen haben wird. Das wissen wir in der Politik, das müssen wir auch in der Gesellschaft offen diskutieren. Und genauso wie wir jetzt darüber diskutieren, wie viele Milliarden wir in Militärausgaben stecken, was auch notwendig ist, müssen wir uns auch fragen wie viel Milliarden stecken wir dann in die Versorgung der Geflüchtete oder damit die vom Hunger Bedrohten genug zu essen bekommen, damit sie nicht flüchten müssen? Schlicht und einfach. Das wissen wir alles in der Politik, übrigens auch in der Gesellschaft. Und so dumm sind die Menschen nicht. Was wir machen müssen, ist eine ehrliche Politik.

Im dritten Panel ging es um die

## legalen Fragen, die mit Migration verbunden sind.

Da gab es sehr verschiedene Aspekte, welche durch die Teilnehmer\*innen beleuchtet wurden.



Als erster nannte **Luis Cortes** von MPDL (Spanien) einige Fakten aus seiner Erfahrung:

Mindestens 6 Millionen Migrant\*innen in Spanien stellen 15 % der Bevölkerung und es tragen davon fast 3 Millionen Arbeitnehmer\*innen zum Arbeitsmarkt bei. Da jedoch die Gehälter und Qualifikationen von Migrant\*innen am niedrigsten sind, ist das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung mit mehr als 50 % deutlich höher als bei der spanischen Bevölkerung. Das sind etwa 27 %. Wir sind uns wohl alle einig, dass Migration ein positiver Faktor ist. Sie ist sowohl eine Triebkraft als auch eine Folge der Entwicklung, und Überweisungen aus der Diaspora fördern auch die wirtschaftliche Entwicklung in den Herkunftsländern, indem sie den Konsum und die Investitionen ankurbeln und den Handel erleichtern. Diasporas in unseren Gesellschaften fördern auch den Transfer und den Austausch von Wissen, Technologie, Kultur und Werten in Bezug auf soziale Gerechtigkeit.

NROs sollten eine Schlüsselrolle im Prozess der Integration und Eingliederung von Migrant\*innen in Europa spielen. Ein gutes Beispiel ist die Ratifizierung des Übereinkommens 189 der Internationalen Arbeitsorganisation, die seit 2011 in Spanien anhängig ist. In Spanien gibt es 600.000 Hausangestellte. 90 % von ihnen sind Frauen, 65 % von ihnen sind Migrant\*innen, von denen jeder Vierte undokumentiert ist. Jede dritte Hausan-

gestellte arbeitet ohne Arbeitsvertrag und lebt infolgedessen in Armut. MPDL hat zusammen mit anderen spanischen NRO eine Sensibilisierungskampagne gestartet und einen juristischen Dienst zur Unterstützung von Hausangestellten gefördert. Glücklicherweise hat die spanische Regierung vor zwei Wochen das IAO-Übereinkommen ratifiziert, was eine hervorragende Entwicklung für die Hausangestellten in Spanien darstellt. Wie Sie deutlich sehen können, ist der legale Zugang zu Arbeitsrechten ein wirksames Instrument zur Bekämpfung von Armut und Diskriminierung. Viele von Ihnen wissen vielleicht, dass heute Morgen im ersten Panel erwähnt wurde, wie spanische Migrant\*innen in den sechziger Jahren nach Deutschland kamen. Die Spanier\*innen wurden reibungslos integriert und leben noch immer mit ihren Familien in Deutschland. Sie arbeiten und leisten einen Beitrag zur Aufnahmegesellschaft und akzeptieren die gemeinsamen Rechte und Pflichten.

Der Vorschlag für das Gemeinsame Europäische Asylsystem im Jahr 2016 war eine erste Antwort auf die sogenannte Migrationskrise. Die herrschende europäische Politik ist jedoch weder fair noch sicher. Weder die Doppelmentalität an den Staatsgrenzen noch die unhaltbaren Partnerschaften mit nicht-demokratischen Ländern und andere Folgen.

**Darauf folgte Joana Marta Sommer von der Friedrich Ebert Stiftung:**

In der Europäischen Union gibt es die Vorstellung, und sie wird auch durch viele Studien bestätigt, dass sich Drittstaatsangehörige oft in prekären Situationen befinden. Das hat mit vielen Aspekten zu tun, die wir heute diskutiert haben. Welche Art von Genehmigungen haben sie, um in die Europäische Union einzureisen? Haben sie eine lange oder eine kurze Arbeitserlaubnis? Und natürlich hängt es auch von den Mitgliedsstaaten ab, sich darum zu kümmern. Die Europäische Union gibt einen Mindeststandard vor.

Die Kommission für Migrations- und Asylpolitik hat begonnen, über legale Migration

zu sprechen. Sie hat Ideen, wie man Menschen aus Drittstaaten in die Europäische Union locken kann. Sie haben die Talentpartnerschaften. Aber wir müssen sehr darauf achten, dass wir den Menschen, die wir in die Europäische Union holen, auch sehr gute Arbeitsbedingungen bieten. Ich denke, hier gibt es eine Menge zu tun. Wir haben viele Menschen, die um Asyl für fünf Jahre in diesem Land bitten. Sie würden gerne arbeiten oder sind bereit zu arbeiten, sind aber nicht in der Lage, es zu tun. Und ich denke, hier müssen wir sehen, was sie haben. Welche Qualifikationen haben sie? Welche Qualifikationen wollen sie erwerben und wie geht es weiter?

**Einen anderen Aspekt brachte Giovanni Vanore von ARCI. Italien ins Spiel:**

Wenn die Menschen in Italien ankommen, brauchen sie natürlich Betreuung, Unterstützung und Zugang zu Informationen über ihren Schutz sowie ihre sozialen und wirtschaftlichen Rechte. Aber sie brauchen auch psychologische Unterstützung, denn die Ereignisse im Herkunftsland und während des Transits, wie zum Beispiel in Libyen oder Niger, haben tiefgreifende Auswirkungen auf ihr Leben und ihren psychischen Gesundheitszustand. Die offiziellen Institutionen reagieren und handeln in dieser Hinsicht noch sehr unzureichend. Die meisten Dienstleistungen werden in Italien von zivilgesellschaftlichen Organisationen erbracht, insbesondere die psychosoziale Unterstützung außerhalb des Aufnahmesystems. Diese soziale Unterstützung ist mit den Organisationen der Zivilgesellschaft verbunden. Die Behörden bieten jedoch einige Unterstützung für Migranten und Geflüchtete an, insbesondere für minderjähri-

ge und weibliche Geflüchtete und Migranten in Italien. Für MRAs ist es von grundlegender Bedeutung, einen Raum zu haben, in dem sie über ihre Traumata sprechen können, eine Beziehung zu den Organisationen und Menschen in ihrer Gemeinschaft aufbauen können und Zugang zu einem kulturellen und sozialen Raum haben.

Ich glaube, dass der Aufbau von Netzwerken mit anderen Organisationen und von Geflüchteten und Migrant\*innen geleiteten Organisationen ein grundlegender Wert für unsere Gesellschaft und für die gesamte Europäische Union ist. Die Mittelbeschaffung ist in Italien ein Problem. Es gibt internationale Geber wie das UNHCR und UNICEF. Es ist sehr kompliziert, die Ressourcen zu sammeln, um bessere und nachhaltige Dienste aufzubauen, um wirklich konkrete und langfristige Antworten auf diese Bedürfnisse zu haben.

**Aus dem Kosovo war uns Faik Ispahiu von Internews zugeschaltet.**

**Er schildert eine besondere Variante von Migration und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie der wesentlichen Rolle von Medien:**

1999 fand man im Kosovo ein sehr schwaches Bildungssystem, die internationale Verwaltung des Kosovo war nicht sehr effizient. Und natürlich gab es einen enormen Mangel an Arbeitsplätzen, das Wirtschaftswachstum war sehr schwach. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die extremen Strömungen, die extremen religiösen Gruppen kommen und sich dieses fruchtbare Umfeld zunutze machen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Kosovo ist 25 Jahre alt oder jünger. Was wir also von 1999 bis, sagen wir, 2004, 2005 gesehen haben, war eine steigende Anzahl von radikalen, extremen islamischen Gruppen, die begannen, sich selbst zu aktivieren und zu rekrutieren, insbesondere Jugendliche und vor allem Schulkinder.

Wir sahen den Kosovo die ersten Fälle von Angriffen auf Nicht-Gläubige. Wir sahen sogar Angriffe auf Imame, die nicht religiös genug waren. Wir sahen Drohungen gegen Journalisten, die versuchten, etwas Licht in diese Angelegenheit zu bringen. Was dann geschah, war der Krieg in Syrien im Jahr 2011. Er brachte ein sehr ernstes Problem im Kosovo ans Licht. Am Ende haben etwa 300 Kosovar\*innen den Kosovo verlassen. Und zwar aufgrund der Tatsache, dass sie ohne Visum in die Türkei einreisen konnten, denn die Türkei ist eines der wenigen Länder, die kein Visum verlangen. Sie zogen in den Heiligen Krieg in Syrien und im Irak. Während dieser ganzen Zeit wurden sie rekrutiert. Sie wurden einer Gehirnwäsche unterzogen, und zwar nicht

nur aus dem Kosovo, sondern auch aus der Diaspora, d. h. aus den europäischen Ländern, die in den Krieg nach Syrien und in den Irak zogen. Das ließ im Kosovo die Alarmglocken schrillen. Glücklicherweise wurde damals, im Jahr 2012, die Regierungsgewalt im Kosovo von der internationalen Gemeinschaft auf die Einheimischen übertragen, was es dem kosovarischen Parlament ermöglichte, ein Gesetz zu verabschieden, das jegliche Beteiligung an einem ausländischen Krieg im Kosovo als ungesetzlich einstuft. Und es wurden hier und da konkrete Maßnahmen ergriffen, um mit dem Phänomen umzugehen, dass junge Männer und Frauen in den Krieg nach Syrien zogen. So kam es, dass zwischen 2012 und 2014 etwa 100 Personen verhaftet wurden, sei es, dass sie versuchten, in den Krieg nach Syrien und in den Irak zu ziehen, sei es, dass sie diese Propaganda verbreiteten, oder versuchten, aus dem Krieg zurückzukehren. Zu diesem Zeitpunkt erkannten wir als Organisation, dass es in unserer Gesellschaft einen großen Bedarf gibt, sich mit diesem Thema zu befassen. Wir begannen damit, Journalist\*innen darin zu schulen, wie man diese Themen angeht und wie man darüber berichtet. Wir haben uns besonders darauf konzentriert, eine Gegenerzählung zur extremistischen islamischen Propaganda zu entwickeln. Wir haben damit begonnen, die Gerichtsverfahren zu beobachten, wenn Menschen vor Gericht standen, die entweder bei dem Versuch erwischt wurden, in den Krieg zu ziehen, oder die aus diesem Krieg zurückgekehrt waren.

Leider mussten wir feststellen, dass unsere Strafverfolgung nicht ihre Pflicht tat. Viele der Anschuldigungen wurden geändert. Denn selbst unsere Staatsanwält\*innen verfügten nicht über die Informationen und das Wissen, wie man mit diesen Ereignissen richtig umgeht und wie man sie richtig verfolgt. Wir haben begonnen, mit den Menschen zu arbeiten, die nach ihrer Verurteilung und Strafe freigelassen wurden. Wir wollten sicherstellen, dass der Prozess der Sozialisierung in einer angemessenen Art und Weise stattfindet, einschließlich der städtischen, und kommunalen Agenturen, einschließlich der islamischen Gemeinschaft des Kosovo und der Imame. Darüber hinaus haben wir diese Frage bereits während der Kommunalwahlen aufgeworfen. Und wir haben die Kandidat\*innen gefragt, was sie vorhaben, um die Menschen, die aus dem Krieg in Syrien und dem Irak zurückkommen, zu integrieren, zu sozialisieren. Und was werden sie tun, um eine weitere Radikalisierung im Kosovo zu verhindern? Was ich betonen möchte, ist, dass auf Grund des Drucks der Medien Politiker\*innen auf der einen Seite die Gesetze gemacht haben, aber gleichzeitig auch eine Menge Kommunikation mit den Bürgern durch die Medien nötig war. Damit die Menschen verstanden, wozu dieses Gesetz diente und warum es so wichtig war, was für Push- und Pull-Faktoren es gab. Gleichzeitig war es wie ein Laboratorium für das, was unsere Gesellschaften gerade erlebten.

**Anwar Albunny, Menschenrechtsanwalt aus Damaskus und seit 2015 in Berlin, beschreibt ebenfalls, wie das Recht auch nach der Migration noch Verbrechen gegen die Menschlichkeit bestrafen kann:**

Deutschland hat einzigartige Gesetze zur universellen Gerichtsbarkeit. Sie haben sogar ihre Verfassung geändert, um diese universelle Zuständigkeit zu haben. Sie können Menschen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, strafrechtlich verfolgen, auch wenn sie sich außerhalb Deutschlands befinden, und diese einzigartige Fähigkeit ist in der deutschen Verfassung verankert. Aber auch einige andere europäische Länder haben die universelle Gerichtsbarkeit, um Verbrecher\*innen zu verfolgen, wenn sie in ihrem eigenen Land nicht vor Gericht gestellt werden können. Wir Syrer\*innen haben auch deshalb Glück, weil Norwegen und Schweden diese universelle Zuständigkeit 2014 und 2015 in ihr Gesetz aufgenommen haben.



In diesem speziellen Fall hat der Staatsanwalt den Angeklagten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Ihm wurde vorgeworfen, mindestens 58 Gefangene unter Folter getötet zu haben und mehr als 4000 weitere Fälle von Folter zu verantworten zu haben. Und nach anderthalb Jahren Prozess in Koblenz wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt. Das war das erste Mal, dass Deutschland die universelle Gerichtsbarkeit auf diese Weise anwandte. Das allererste Mal. Das Gesetz wurde kurz vor dem syrischen Bürgerkrieg eingeführt und es ist das erste Mal, dass die Gerechtigkeit bei den Opfern beginnt. Es war der Wille der Opfer, dass das Verfahren eröffnet wurde, und nicht irgendeine internationale Institution oder ein Land. Es ist das erste Mal, dass die Opfer beschlossen haben, das Gesetz zu nutzen, um Gerechtigkeit zu erlangen. Das hat es vorher nicht gegeben. Und es ist auch

das erste Mal, dass ein hochrangiger Offizier eines Regimes, das immer noch existiert und immer noch an der Macht ist, tatsächlich für Taten verurteilt wurde, die er unter diesem Regime begangen hat. Es war also ein sehr wichtiges historisches Urteil, weil es das Denken der Diktaturen oder der Verbrecher\*innen, die es gibt, verändert hat. Die Verbrecher\*innen fühlten sich wohl. Sie wussten: Wenn unser Landesrecht uns Immunität gewährt und wir ein Mitglied des Sicherheitsrates haben, das sein Veto einlegen kann, dann haben wir volle Immunität. Der IStGH wird den Fall nicht eröffnen, und niemand wird uns anrühren. Ich denke, bei den Ereignissen in Koblenz geht es nicht um Syrien oder um Assad. Es ist an der Zeit, dass die Diktaturen und Verbrecher\*innen in der Welt auf der Hut sind. Sie alle fühlen sich nicht mehr wohl. Sie alle spüren, dass es einen Weg zur Gerechtigkeit gibt.

Ich bin Syrer, ich bin nach Deutschland gekommen wie vielleicht insgesamt 1 Million Syrer\*innen nach Europa gekommen sind. Was ist mit den 10 Millionen, die noch im Norden Syriens, in der Türkei, im Libanon und im Irak leben? Wenn die Regierungen weiterhin versuchen, das Problem nur humanitär zu lösen, wird es immer größer werden. Und Sie werden es nicht schaffen. Sie werden sehen, dass Sie es nicht mit all diesen Menschen aufnehmen können, denn alle werden versuchen nach Europa zu fliehen und einen sicheren Ort finden. Wir sehen jeden Tag die Boote die versuchen in die EU zu kommen, aber scheitern. Sie bleiben in der Türkei. Sie werden nicht zu unserer Verantwortung in der EU. Dieses Abschieben der Verantwortung muss aufhören. Das Flüchtlingsproblem muss über die humanitäre Frage hinaus auch auf politische Weise gelöst werden. Aber helfen Sie den Menschen.

## Der vierte und letzte Panel beschäftigte sich mit den **Menschen und ihren Plänen, wenn sie angekommen sind.**

---

**Wer bleibt, wer fühlt sich wohl, wer kann eine aktive Rolle im Aufnahmeland übernehmen?**

**„Man hat Arbeitskräfte gerufen – und es kommen Menschen“ sagte Max Frisch, 1966. Sie sind Menschen, und sie bleiben.**



Zuerst erläutert **Dr. Sonia Gsir** von der belgischen Entwicklungsorganisation EnaBEL den besonderen Ansatz:

Die Menschen ziehen um, sie bleiben, sie wollen zurückkehren, einige von ihnen gehen zurück, andere nicht. Und es ist wichtig, dies bei der Gestaltung und Umsetzung der verschiedenen politischen Maßnahmen zu berücksichtigen. Da ich hier die belgische Entwicklungsagentur EnaBEL vertrete, muss man verstehen, dass wir die belgische Kooperationspolitik in verschiedenen Partnerländern, vor allem in Afrika, umsetzen. Unsere Arbeit ist also mehr auf die Partnerländer und die Herkunftsländer der Migrant\*innen ausgerichtet. Wir möchten sogar betonen, dass die meisten Länder der Welt heute nicht nur Herkunftsländer sind, sondern auch Einwanderungs-, Rückkehr- und sogar Transitländer. In meiner Arbeit ist es uns wichtig, die Verbindung zwischen Migrant\*innen und der Diaspora zu betonen, d. h. denjenigen, die im Ausland bleiben, aber die Verbindung zu ihrem Herkunftsland, ihrem Erbe, aufrechterhalten. An der Basis wollen wir den Zugang zu den

Grundrechten, den grundlegenden Dienstleistungen und den Zugang zu sozioökonomischen Chancen ermöglichen. Das ist natürlich von entscheidender Bedeutung für die Teilhabe. Aber es gibt noch einen weiteren Punkt, den ich hinzufügen möchte, und zwar aus meiner eigenen Perspektive als Vertreterin einer Entwicklungsagentur: Es geht darum, wie wir die Migrant\*innen, die in der Diaspora bleiben, als mächtige Entwicklungshelfer\*innen besser berücksichtigen können, denn diese Migrant\*innen können sehr starke Verbindungen zu ihrem Herkunftsland oder ihrem Erbe behalten. Und einige von ihnen wollen zur Entwicklung des Herkunfts- oder Erbe-Landes beitragen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, die Entwicklung einer Diaspora zu fördern und zu ermöglichen, indem man die Verbindungen, die sie zu ihren Herkunftsländern aufrechterhalten wollen, erleichtert und ihnen die Rückkehr ermöglicht, wenn sie zurückkehren möchten. Ich denke auch, dass

Migration eine echte Wahl sein sollte. Bleiben oder nicht bleiben sollte auch eine echte Wahl sein. Die menschliche Mobilität sollte die Entwicklung, die nachhaltige Entwicklung aller Menschen ermöglichen. Wir sprechen über diese entscheidenden Fragen der Integration von Migrant\*innen, und über ihre Rechte als Migrant\*innen oder Asylbewerber\*innen. Aber es ist auch wichtig, die Außenbeziehungen zu den Herkunftsländern, den Partnerländern, und die Auswirkungen dieser Beziehungen im Auge zu behalten. Ich kann Ihnen mitteilen, dass wir bei EnaBEL Delegationen von lokalen Behörden aus verschiedenen Partnerländern empfangen, z. B. aus Marokko. Und sie beobachten uns aus ihren Ländern. Sie beobachten,

wie wir ihre Staatsangehörigen hier in Europa behandeln. Migrant\*innen und Menschen mit Migrationshintergrund sind sicherlich keine Objekte, sondern Subjekte.

Wir brauchen wirklich einen Paradigmenwechsel in der Art und Weise, wie wir mit Migrant\*innen umgehen und wie wir sie aufnehmen. Ich denke, es gibt eine entscheidende Chance, sie als potenzielle Bürger\*innen zu betrachten. Das heißt, sie sind keine „Gastarbeiter\*innen“ mehr. Wir wissen, einige von ihnen sind Geflüchtete. Aber sind sie nicht auch potenzielle zukünftige Bürger\*innen, wenn wir sie als solche betrachten? Ich denke, dass dies zu einer grundlegenden Veränderung

der Wahrnehmung führen kann, und das kann nicht nur für sie selbst, sondern auch – und das ist die Grundlage, weil wir über Integration sprechen - für die Menschen im Aufnahme-land wichtige Auswirkungen haben.

Ich möchte positiv über die menschliche Mobilität sprechen. Und wir versuchen, auf mindestens drei verschiedenen Ebenen der Mobilität zu arbeiten: auf der Ebene der Einzelnen, auf der Ebene der Gebiete und Gemeinschaften und auf der Ebene der Systeme. Einer unserer Ansätze besteht darin, die Diaspora in die Entwicklung einzubeziehen. Es gibt sehr gute Beispiele für den Geist des Unternehmertums in der Diaspora.

**Dr. Lale Akgün, ehemalige MdB und seit 60 Jahren in Deutschland, wird auch heute noch immer zuallererst auf ihre türkische Herkunft angesprochen. Sie führt den Gedanken fort:**



Mit welchen Intentionen brechen Menschen auf, um in ein anderes Land zu gehen? Und wie viele möchten bleiben? Wie lange möchten Sie bleiben? Möchten sie wieder zurück? Möchten Sie weiterwandern? Die Lebensplanungen von Migrant\*innen oder Geflüchteten sind sehr unterschiedlich. Wobei die Pläne sich manchmal in Luft auflösen oder verändert werden. (...) Ein selbstbestimmtes Bleiben ist auf jeden Fall ein gutes Bleiben. In Deutschland gibt es circa 20 Millionen Menschen mit irgendeinem Migrationshintergrund, das sind

knapp 25 % der Bevölkerung. Ich finde es ein wenig beschämend. Man macht es sich zu einfach, wenn man alles über einen Kamm schert und permanent nur über bestimmte Punkte redet. Ich bin die letzte, die Rassismus kleinsprechen würde. In diesem Land gibt es Rassismus und Diskriminierung, ohne Frage. Aber ich sehe auch gleichzeitig, dass man nicht nur auf bestimmte Punkte sehen sollte, sondern das eigentlich viel breiter sehen müsste. Wir finden Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen des Lebens. Wir haben von

einem Landwirtschaftsminister bis zu Menschen, die in irgendwelchen ganz schlimmen Baracken leben, überall Migrant\*innen und Zugewanderte.

Wie geht es eigentlich den Menschen der Mehrheitsgesellschaft, die man nicht erreicht mit dieser Frage? Wir müssen auch darüber reden. Ich erlaube mir, das zu sagen, neben all den Vorwürfen, die gemacht werden, auch die Mehrheitsgesellschaft muss einbezogen, mitgenommen werden. Ich bin der Meinung,

dass man Menschen so stärken muss durch Bildung, durch Möglichkeiten, dass sie selbst in der Lage sind, sich zu helfen. Ich gehe davon aus, dass in den nächsten Jahren mindestens 10 bis 15 Millionen Geflüchtete nach Europa kommen werden. Auf der Flucht vor Hunger, vor Überschwemmung, vor Hitze und, und, und. Ich sage das deswegen, weil wenn wir das managen wollen, müssen wir alle mitnehmen, auch die Mehrheitsgesellschaft. Und das geht nicht nur durch Vorwürfe, sondern das geht dadurch, dass man das Gemeinsame herausstellt und Menschen auch motiviert, sich in dieser Frage zu engagieren.

Der Blick der Mehrheitsgesellschaft richtet sich vor allem immer auf die sozialen Brennpunkte. Und das ist etwas, was auch das Ankommen in dieser Gesellschaft für die meisten erschwert. Es gibt immer noch viel zu wenig Kontakte zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Man denkt, das wäre doch selbstverständlich, aber das ist es nicht. Und der Blick, der auf die Migrant\*innen gerichtet wird, sei es durch die Medien, sei es auch durch die Gesellschaft, schaut eigentlich immer auf die, die soziale Probleme haben, die in defizitären Zusammenhängen leben. Ich glaube, eine große Wut der jungen Leute heute, der zweiten und dritten Generation, die sagen, wir kommen hier gar nicht richtig an, man will uns auch gar nicht, rührt auch daher, dass man sie immer noch so anschaut, als wären sie gestern mit ihren Eltern angekommen und würden noch unter defizitären

Zusammenhängen leben. Diese jungen Leute, die hier leben oder die in der zweiten Generation studiert haben, die möchten endlich so angenommen werden, dass man sieht: Okay, du hast in dieser Gesellschaft eine Position erreicht, die mir Respekt abverlangt. Das ist großartig, dass du es so weit geschafft hast. Aber wenn man solchen jungen Leuten immer noch so begegnet, als wären sie defizitär, erzeugt das eine ganz große Wut.

Wann wird ein Mensch als gleichwertig akzeptiert und wann wird er nicht mehr als Teil der Exotik erlebt, die man ja gerne Fremden zuschreibt?

Wir müssen die Fluchtursachen, die Probleme vor Ort anders angehen, sei es die Folgen der klimatischen Ausbeutung, sei es die Ausbeutung durch Autokraten, sei es, dass man durch Lieferketten die Menschen ausbeutet. All das, haben wir bisher nicht konsequent angegangen. Wir wissen doch seit 1971 durch den Bericht des Club of Rome, was es heißt, wenn man diese Erde ausbeutet, und wir, was haben wir gemacht? Nichts. 1972–2022, also 50 Jahre später, schlägt es zurück. Und wenn wir heute Migration haben dann werden wir noch viel mehr Migration haben! Weil wir nicht gegen die Autokraten kämpfen, weil wir nicht gegen die globalen Probleme kämpfen, werden wir diese Migration haben. Und wir haben die verdammte Pflicht, uns um diese Menschen zu kümmern, weil wir indirekt ihre Probleme mitverursacht haben. Denn es gibt

keine guten Autokraten, auch wenn sie unsere Autokraten sind, wie es immer gerne in der Diplomatie heißt. Erdogan ist ein Autokrat, aber solange er uns die Syrer vom Hals hält, ist er doch unser Autokrat. Kann man doch ein Auge zudrücken, oder? Dann aber sagt er, dass wir die die Kurden ausliefern müssen, damit Schweden in die NATO darf? Da kann man doch auch noch mal ein Auge zudrücken und all dieses Augen zudrücken hat zu dem geführt, was wir heute an Problematik weltweit haben. Und wir haben es verdient, dass die Menschen kommen und sagen: Ihr müsst jetzt Rechenschaft ablegen für das, was ihr getan und nicht getan habt. Da geht es nicht mehr um mich oder um dich, sondern es geht darum, was wir global eigentlich für unseren Wohlstand und unser Verständnis tun und rechnen nicht auch die kolonialen Zeiten mit dazu, was wir alles getan haben, damit es uns gut geht? Und jetzt werden wir die Rechnung bezahlen. Alle miteinander.

**Sehr differenziert sieht die Frage des Ankommens auch **Tahera Ameer** von der Amadeo-Antonio-Stiftung:**



Man muss willkommen geheißen werden, aber auch in Ruhe gelassen werden. Damit meine ich auch eine Akzeptanz der Ausnahmesituation, in der manche Menschen kommen oder auch einfach des Wechsels. Das sind einfach Herausforderungen biographischer Art, die müssen ja nicht immer von Schutz suchen geprägt sein. Aus der Perspektive, der wir uns widmen, nämlich sich mit Rassismus und strukturellem Rassismus in dieser Gesellschaft auseinanderzusetzen, ist es natürlich wichtig, Sicherheit zu bieten. Wenn Sicherheit hier nicht geboten werden kann und damit meine ich alle Ebenen von dem, was ich brauche, um mich sicher zu fühlen, dann ist eine Frage des guten Bleibens eben nicht eine individuelle. Die individuelle Frage muss jede Person für sich selbst klären. Aber die Frage, vor der wir immer wieder stehen und die wir uns auch stellen müssen, betrifft die strukturellen Voraussetzungen dafür, dass sich eine Person überhaupt in der Lage fühlen kann, sich selbst individuell zu fragen, ob sie hier eigentlich gut bleiben will und kann.

Bessere strukturelle Voraussetzungen, das wäre zum Beispiel was die Gesundheitsversorgung angeht, ganz praktisch eine automatische Krankenkassenkarte für alle geflüchteten Personen.

Wenn wir über Migration sprechen, wenn wir über die aufkommenden Konfliktlinien sprechen, dann müssen wir auch nicht nur in die Zukunft sehen. Wir können aktuell sehen, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Oder wir können uns den NSU angucken oder Halle oder Hanau. Wir müssen permanent mit uns aushandeln, bezogen auf unser Arbeitsfeld, für das ich ja jetzt auch hier bin: was bedeutet eigentlich Gewalt? Die alltägliche Gewalt ist es zu erleben, dass man nicht dazugehört. Wie geht eigentlich die autochthone Gesellschaft mit diesen Gefühl um. Wir müssen daher bezogen auf unseren Kontext Leitbilder entwickeln. Wir müssen uns überlegen: Was ist es denn, was wir in den Behörden brauchen, bei der Polizei? Was bedeutet denn die Umsetzung des Artikels § 3 GG konkret und nicht im Sinne eines Vorwurfs? Wenn wir da Defizite sehen als Zivilgesellschaft, dann ist es ja auch unsere Aufgabe, die zu benennen, und uns zu fragen, was wir dazu beitragen können, um als Akteur\*innen dann auch Unterstützung zu leisten. Das bieten wir tatsächlich an. Auf diese Frage, die angedachte Frage zu antworten, bieten wir an, wir richten uns permanent danach aus, was die Bedarfe der Mehrheitsgesellschaft sind, in der Annahme, dass es hilft, sich besser zu begegnen. Hier geht es nicht um Objekte. Was für eine Art von Engagement für diese Gesellschaft ist von Seiten der Zuziehenden, der neu Ankommenden, der blei-

ben Wollenden oder auch der Angekommenen überhaupt gewünscht? Was tun wir, um die Mehrheitsgesellschaft zu engagieren hier auch zu intervenieren und zu sagen, wo wir Bedarfe des Handelns sehen. Auch die Frage der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation, eigene Perspektiven sichtbar zu machen, das können Partikularinteressen sein. Und dann könnte man sich fragen: Und wie stehen diese Partikularinteressen für eine Gestaltung von Gesellschaft?

Die Macht und die Ressourcen liegen ja ganz deutlich auf den Seiten derjenigen, die hier schon lange sind und diese Ressourcen, sind wir auch als Gesellschaft gefragt, anzuerkennen, dass wir die vielleicht besser verteilen sollten. Diese Herausforderungen, die jetzt vor uns stehen, sind eine politische Krise, in der es uns nicht aus der Hand genommen sein sollte, sie aktiv zu gestalten. Anstatt unter der Katastrophe, dass die Probleme auch hier jetzt ankommen zu stöhnen, weil wir die Zechen jetzt auch bezahlen sollen, die wir verursacht haben. Damit sollten wir uns gestaltend auseinandersetzen und nicht so überrascht tun, dass das jetzt auf uns zukommt.



**Als letzte Sprecherin legte Barbara König, Geschäftsführerin des AWO-Kreisverbands Bonn/Rhein-Sieg, die Betonung auf die differenzierte praktische Integration:**

Arbeit ist ein wichtiger Bestandteil für ein gut gelingendes Leben aller Menschen, egal wo, und eben auch in dem Land, in das sie dann gekommen sind. Und ich meine überhaupt nicht damit, dass ich jetzt Flucht, Migration, Zuwanderung unter dem ökonomischen Dogma sehen will. Welche Menschen können wo arbeiten oder welche Qualifikationen brauchen wir? Das sind natürlich nicht die einzigen Fragen bei Zuwanderung. Aber die Bundestagswahl wurde 1998 mit dem Slogan „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ gewonnen. Und zwar, weil Arbeit nicht nur Existenzsicherung bedeutet, sondern auch Selbstverwirklichung und Teilhabe an der Gesellschaft. Wenn wir Menschen helfen, hier erwerbstätig zu sein, dann wertschätzen wir auch das, was sie mitbringen aus ihren Heimatländern, nämlich ihre Qualifikationen, ihre Bildung, ihre beruflichen Erfahrungen.

Wir müssen, glaube ich, das gilt sicherlich für alle europäischen Länder, stärker darauf schauen, Bildung „kompensatorisch“ auszurichten. In Stadtteilen, die benachteiligt sind,

müssen wir in der frühkindlichen Bildung und in der Schule mehr Ressourcen hineingeben: also mehr Lehrerinnen und Lehrer reingeben, insgesamt mehr Personal, mehr Geld. Dafür können wir vielleicht in anderen Vierteln etwas einsparen. Das ist immer umstritten, das ist wahr, und das Geld ist knapp. Aber ich glaube, wir müssen wirklich bei den Kindern und Jugendlichen anfangen, damit sie sich eine gute Perspektive aufbauen können. Das gilt insbesondere für zugewanderte Kinder, aber auch für alle anderen. Das hilft im Übrigen auch, um Rassismus vorzubeugen und Demokratie zu stärken. Das kann man, glaube ich, bei Kindern am allerbesten. Das heißt, da korrelieren ja zwei Probleme die Armut und die Frage des Bildungshintergrund.

Das sind keine reinen Migrationsprobleme, im Gegenteil. Es sind soziale Probleme. Es geht immer um die Soziale Frage, die wir lösen müssen. Das gilt für Deutschland, aber ganz sicher auch für Frankreich, Italien und überall in Europa.

# Die Sprecher\*innen der Konferenz

---



**Katarina Barley** ist seit 2019 Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Zuvor war sie von Dezember 2015 bis Juni 2017 Generalsekretärin der SPD, von Juni 2017 bis März 2018 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, von September 2017 bis März 2018 zusätzlich geschäftsführende Bundesministerin für Arbeit und Soziales sowie von März 2018 bis Juni 2019 Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz.



**Anne van Lancker** war Mitglied des Europäischen Parlaments von 1994-2009. Sie ist heute Vorsitzende des Vluhtelingenwerk Vlaanderen (Flüchtlingsaktion Flandern), einer Nichtregierungsorganisation für die Rechte von Asylsuchenden und der sozialen Integration von anerkannten Geflüchteten. Sie ist seit 2022 die Präsidentin von Solidar.



**Bärbel Dieckmann** war von 1994 bis 2009 Oberbürgermeisterin von Bonn. Sie ist Mitglied im Präsidium der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Von 2008-2018 war sie Präsidentin der Welthungerhilfe. Sie nimmt in der Fachkommission Fluchtursachen den Vorsitz gleichberechtigt gemeinsam mit Gerda Hasselfeldt wahr.



**Sara Kekuš** ist Politikwissenschaftlerin und Aktivistin und Expertin für Migration und Asyl. Sie arbeitet seit sechs Jahren im Rahmen des Programms Asyl, Integration und menschliche Sicherheit am Zentrum für Friedensstudien in Zagreb, Kroatien, zu den Themen Zwangsmigration, Zugang zu Asyl und den Schutz der Menschenrechte von Menschen auf der Flucht.



**Olga Echeverría-Torres** ist Anwältin für internationalen Schutz. In den fast 20 Jahren, in denen sie zunächst als Freiwillige und dann als Mitarbeiterin in dem Land, das sie als ihre Heimat betrachtet, tätig war, hat sie sich unter dem Dach von MPDL stets für die Rechte der am meisten gefährdeten Menschen und Migranten eingesetzt.



**Bashar Hassoun** musste 2013 aus Syrien fliehen. Er ist Bürgerschaftsabgeordneter im Integrationsausschuss des Berliner Senats. Er ist Geschäftsführer der FREEARTUS artists + refugees united for freedom gGmbH.



**Peter Ruhenstroth-Bauer** ist Geschäftsführer der UNO-Flüchtlingshilfe in Bonn. Er war in seinen verschiedenen beruflichen Stationen an den Schnittstellen von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik tätig. Er war Journalist, Kommunikations- und Strategieberater, und von 2002-2005 Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



**Elisaveta Khan** kam als 9-jährige mit ihrer Familie aus der Sowjetunion nach Deutschland. Sie studierte Sozialwissenschaften und gründete die gemeinnützige Organisation Integrationshaus e.V. Als Neue Deutsche Organisation engagiert sich das „In-Haus“ für eine postmigrantische Gesellschaft in einer demokratischen Republik.



**Dr. Maciej Duszczyk** war Vizerektor der Universität Warschau für Forschung und internationale Beziehungen (2016–2020). Zehn Jahre lang leitete er die Abteilung für Migrationspolitik am Zentrum für Migrationsforschung der Universität Warschau. Seine Forschungsgebiete sind Migration, Integrationspolitik, Sozialpolitik und europäische Integration.



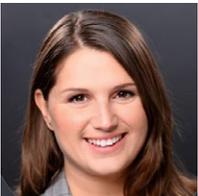
**Josip Juratovic**, MdB, ist gelernter Kfz-Mechaniker, Gewerkschaftler und kroatischer Herkunft. Er kam als Kind nach Deutschland. Das Internationale Institut für Nahost- und Balkanstudien (IFIMES) hat ihn als „Der sichtbarste europäische Politiker auf dem westlichen Balkan“ ausgezeichnet.



**Milena Sošić** von IDC Serbien (Initiative for Development and Cooperation) ist Anwältin und Aktivistin, sie arbeitet über Menschenrechte, das System der kostenlosen Rechtshilfe, Zwangsmigration und Rückübernahme.



**Anwar Albunni** ist Anwalt und praktizierte in Damaskus. 2004 engagierte er sich in einem von der EU geförderten Projekt. Er wurde verhaftet und wegen Landesverrats verurteilt. Nach seiner Entlassung musste er nach kurzer Zeit ins Ausland fliehen und kam über den Libanon nach Deutschland. Hier arbeitet er seitdem daran, Folterer aus syrischen Gefängnissen in Europa von ordentlichen Gerichten verurteilen zu lassen.



**Joana Marta Sommer** leitet den Arbeitsbereich Migration und Integration in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor arbeitete sie als politische Referentin im Büro der SPD-Abgeordneten Gaby Bischoff im europäischen Parlament und hat sich dort u.a. mit Fragen zur Arbeitsmigration und sozialer Sicherung befasst.



**Luis Cortes** arbeitet seit 2008 in Movimiento por la Paz (MPDL) im Bereich Soziale Aktion und koordiniert Programme, die die soziale Eingliederung von Migranten in ganz Spanien fördern. Er hat vorher in Marokko und den Andenländern Projekte zur Einkommensgenerierung, Grenzentwicklung und Migration entwickelt.



**Faik Ispahiu** verfügt über mehr als 20 Jahre Erfahrung in der Entwicklung freier und unabhängiger Medien im Kosovo und in der Balkanregion. Er ist der Gründer von KALLXO, einer Organisation die Korruption aufdeckt, und Direktor von Internews Kosova.



**Giovanni Vanore** arbeitet für ARCI, Italien, wo er sich mit nationalen und europäischen Projekten für Asylbewerber und Geflüchtete im Bereich der sozialen Unterstützung und der Orientierung von Dienstleistungen beschäftigt. Er hat an Initiativen zur sozialen und kulturellen Förderung und an Projekten zur Integration von Geflüchteten mitgearbeitet.



**Dr. Lale Akgün** absolvierte ein Studium der Medizin, Völkerkunde und Psychologie in Marburg. Von 1997 bis 2002 war sie Leiterin des Landesentrums für Zuwanderung des Landes Nordrhein-Westfalen. Von 2002 bis 2009 war sie Mitglied des deutschen Bundestages.



**Barbara König** ist Geschäftsführerin des AWO-Kreisverbands Bonn/Rhein-Sieg. Davor war sie im Berliner Senat als Staatssekretärin für die Themen „Pflege und Gleichstellung“ zuständig. Im AWO-Bundesverband verantwortete sie als Referentin das Thema „Sozialpolitik“, leitete den AWO-Familienverband „Zukunftsforum Familie“ und war Landesgeschäftsführerin der AWO in Berlin.



**Dr. Sonia Gsir** hat 20 Jahre Berufserfahrung auf dem Gebiet der Migration und des Asyls. Sie arbeitet als Migrationsexpertin für EnABEL, die belgische Entwicklungsagentur, wo sie an der Formulierung von Projekten, Backstopping und Unterstützungsmissionen zur Umsetzung der Strategie für menschliche Mobilität beteiligt ist.



**Tahera Ameer** studierte Literaturwissenschaft, Philosophie und Hispanistik in Tübingen, Barcelona und Berlin. Seit 2004 arbeitet sie zu aktuellem und historischen Antisemitismus und Rassismus. Sie ist Vorstand der Amadeu Antonio Stiftung.



**Martin Schilling** ist in der Kommunikations- und Werbebranche tätig. Seit über 40 Jahren ist er politisch aktiv. Als Vorsitzender der Willi-Eichler-Akademie e.V. leitet er eine progressive Einrichtung der politischen Weiterbildung und arbeitet dort mit einer engagierten Gruppe von Menschen zusammen, die sich für politische Bildung begeistern.

# Moderator\*innen

---



**Panel 1:**

**Daniel Weber**, Abteilungsleiter Politische Bildung Gustav-Stresemann-Institut (GSI)



**Panel 2:**

**Robert Misik**, Freier Journalist und Autor



**Panel 3:**

**Dr. Susanne Drake**, Leiterin Brüsseler Büro der Willi Eichler Akademie e.V. und Präsidiumsmitglied von Solidar



**Panel 4:**

**Anne Schulz**, Stellvertretende Leiterin der Abteilung Politische Bildung (GSI)

## **Impressum**

**Redaktion:** Martin Schilling (verantwortl.), Dr. Susanne Drake

**Layout/Satz:** Kreativ Konzept – Agentur für Werbung GmbH

**Abbildungs- und Fotonachweise:** Willi-Eichler-Akademie e. V.

### **Willi-Eichler-Akademie e. V.**

Venloer Wall 15 | 50672 Köln | Telefon: 0221-168 898 70

E-Mail: [kontakt@web-koeln.de](mailto:kontakt@web-koeln.de) | [www.web-koeln.de](http://www.web-koeln.de) | ab November: [www.we-akademie.de](http://www.we-akademie.de)

**Büro Berlin:** Stefan Stader | Telefon: 030-65770628 | E-Mail: [stefan.stader@web-koeln.de](mailto:stefan.stader@web-koeln.de)

**Büro Brüssel:** Dr. Susanne Drake | Telefon: 0032-484-027470 | E-Mail: [susanne.drake@web-koeln.de](mailto:susanne.drake@web-koeln.de)

**Bankverbindung:** Sparkasse KölnBonn | IBAN: DE84370101980007712052 | BIC COLSDE33XXX

**UST-Nr.:** 214/5868/0353

**Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen möchten, freuen wir uns über Ihre Spende – herzlichen Dank!**

